

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Remeler Straße 20.
Fernsprecher: 27, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint
jeden Freitag — Telegrammadresse: Textilprosa Berlin.



Anzeigen und Verbandsgeber sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,
Berlin O 34, Remeler Str. 20 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12071), zu richten. Bezugspreis,
nur durch die Post, vierteljährlich 6 RM. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Vortagszelle 2 RM.

Nummer 17

Berlin, den 22. April 1932

44. Jahrgang

Schafft Arbeit!

Entschleßung des 15. Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses

I.
Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur

Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vorgebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge

zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch aufreißbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erlassenen Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.**

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen.

Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren.

Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

DER ARBEITS-KONGRESS

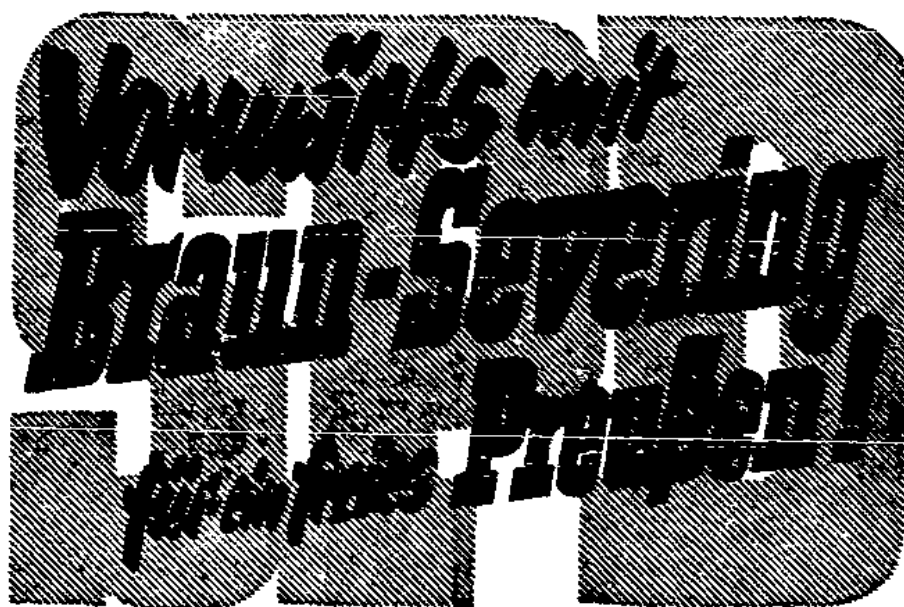
In einem rauhen Apriltage traten die Vertreter der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen, um sich dem wichtigsten Problem unserer Zeit, der Frage der Arbeitsbeschaffung zu widmen. Der Sitzungssaal des Reichstages am Platz der Republik, gleich hinter dem Brandenburger Tor, war dicht gefüllt, denn nicht nur das Land hatte seine Vertreter geschickt, sondern auch aus der Reichshauptstadt selbst sah man viele Gäste, die es sich nicht nehmen lassen wollten, dem Kongreß bei seinen Beratungen zu folgen. Auch die Behörden hatten Vertreter entsandt, und an den Tischen, an denen sonst die Vertreter der Reichsregierung sitzen, sah man den preußischen Ministerpräsidenten Braun, den Innenminister Severing, sowie den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski. Später wurde auch der Reichstagspräsident

Löbe durch lebhaften Beifall begrüßt, als er eintrat. Von der preußischen Regierung war noch Finanzminister Dr. Klepper gekommen. Von der Reichsregierung war nicht, wie erwartet werden durfte, Reichkanzler Brüning erschienen, sondern Arbeitsminister Siegerwald, der Herrn Brüning entschuldigte und für ihn zu den Proble-

men, die der Regierung und uns gestellt waren, Stellung nehmen sollte. Außerdem hatte die Reichsregierung den Reichswirtschaftsminister Warburg geschickt.

Dieser Kongreß trug ein absolut nüchternes Wesen zur Schau. Gewiß sollte der Kongreß auch eine Demonstration sein, aber nur insofern, als er den eindeutigen Willen der ver-

sammelten Vertreter der organisierten freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft zeigte, der großen Not und dem Elend tatkräftig auf den Leib zu rücken. Es wurden keine langen Begrüßungsreden gehalten; denn die Zeit war kurz, und die Tagesordnung, die zwar nur einen Punkt, aber einen sehr wichtigen, enthielt, sollte an einem Tage erledigt werden. Nicht einmal eine besondere Mittagspause wurde eingelegt, und als der Tag zu Ende ging, konnten die Delegierten von sich sagen, daß sie wirklich ihre Pflicht in allen Stücken erfüllt hatten. Von diesem Kongreß, der der zweite außerordentliche in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften ist, werden Tatkraft und Wille ausströmen über das ganze Land. Mag aber auch die Regierung davon beeinflusst werden, denn von ihr hängt es in erster Linie ab, ob das am 18. April von den freien Gewerkschaften präsentierte Programm seine Erfüllung finden wird. Die Arbeiterschaft wird ganz bestimmt das Ihre tun, um die Vorbedingungen zu einem neuen Aufstieg zu schaffen!



Am 24. April: Textilarbeiter und -arbeiterinnen Wählt Sozialdemokraten!

„Arbeitsbeschaffung ist die zentrale Aufgabe der deutschen Politik“

Aus der Eröffnungsrede des Bundesvorsitzenden Theodor Leipart

Der ursprünglich auf den 23. März anberaumte Außerordentliche Gewerkschaftskongress ist bis nach der Reichspräsidentenwahl verschoben worden, weil die Bedeutung des Problems, mit dem er sich beschäftigen soll, das Problem der Arbeitsbeschaffung, eine Erörterung des ganzen Fragenkomplexes in voller Öffentlichkeit und in Gegenwart der Reichsregierung unabsehbar erscheinen ließ.

Die Öffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind.

Während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Sie tun es nicht zum ersten Male. Seit Januar 1930 haben sie keine Gelegenheit vorbegehen lassen, auf die Notwendigkeit planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden zu fordern, auf ein Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen zu drängen, um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.

Der Bundesausschuß des ADGB hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Der Gedanke, der ihn bei seinen Ermäßigungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung leitete, war, daß unter allen Umständen die Währung nicht gefährdet werden dürfe. Ohne sich auf einen einzelnen Plan festzulegen, kam er zu dem Schluß:

daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen.

Wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken. Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die satzungsmäßige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reich sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wieder herstellen.

Die Deflationspolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Radikalität. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft.

Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unzweifelhaft zu einer Verelendung der breiten Volksmassen.

Die gefährden nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innenpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten um so unermesslicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entlastungen erfordern, die Not zu lindern. Denn es ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geblieben, um durch systematische, gezielte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Stand, daß noch immer regelmäßig über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer Lente, die Pension beziehen, andere die Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienstes zu lösen.

Der Ruf nach Stellenentlastung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Immerhin wurden

mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Industrie, Handel und Gewerbe sind in immer größere Not hineingeraten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeitslosen ist mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen. Die zwangsweise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Proz. aufzwingen.

Der Kongress erhebt entschiedenen Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterklasse verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entlagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat

insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik. (Lebhafte Beifall.)

Das Büro des Frankfurter Kongresses mit Brandes, Oswald Schumann und Theodor Leipart als Vorsitzenden wird darauf wieder eingeleitet. Es folgt das Referat Wilhelm Eggerts über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung.

Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Berichterstatter: Stellvertretender Vorsitzender Wilhelm Eggert

Die Forderung nach Arbeitsbeschaffung, die dieser Kongress an Stadt und Gesellschaft stellt, gipfelt in der Erkenntnis, daß von der weltwirtschaftlichen Seite her in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren nicht zu erwarten ist, und daß der jetzige Zustand von fast sieben Millionen Erwerbslosen in Deutschland nicht länger ertragen werden kann, weder volkswirtschaftlich noch staatspolitisch.

Die weltwirtschaftliche Lage ist durch drei große, markante Züge gekennzeichnet:

Durch die Industriekrise, durch ihr Zusammenfallen mit der Agrarkrise und durch eine Vertrauens- oder Kreditkrise mit ihrer vernichtenden Wirkung auf die anderen Krisenherde.

Am Verlauf der durch die politischen Spannungen verschärften Wirtschaftskrise ist die industrielle Weltproduktion von 48 Ländern, die sieben Achtel des Weltprodukts beherrschen, um ein volles Drittel im Jahre 1931 herabgefallen. Am schwersten hat Deutschland gelitten. Der Index seiner industriellen Produktion sank von 100 im Jahre 1929 auf 56,1 in der Gegenwart. Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion sank von 12 Proz. im Jahre 1928 auf 9 Proz. im Jahre 1931.

Ein allgemeiner Deflationsprozeß der Weltwirtschaft, ein Arbeitslosenheer von 25 Millionen Menschen, der Zusammenbruch von Gütererzeugung und Güterverbrauch, Steuerausfälle und Haushaltsdefizite in fast allen Staaten — das ist die Bilanz des Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaft.

Soll diese Summe des Elends und des Elends, der Verfühlung aller Werte, hemmungslos weiterrollen? Kommt die Arbeiterklasse dadurch etwas schneller zu dem erhabenen Ziel einer planmäßig geregelten kapitalistischen Wirtschaft?

Der das garst und wir haben in Deutschland eine Partei solcher Gläubigen, der kann für die Veränderung der Not der Arbeitslosen nichts Entscheidendes tun, der darf sich für Arbeitsbeschaffung überhaupt nicht einsetzen. Für diese Wundergläubigen ist die Hoffnung auf Sieg am größten, wenn das Elend und die Not der Arbeiterklasse am schwersten sind.

Auch die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen selber aus noch ein. Sie machen es sich in Deutschland besonders leicht. Sie versuchen, die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem sie unausgesetzt erklären, Schuld an der Krise in Deutschland sei die deutsche Lohn- und Sozialpolitik. Sie fordern die Freiheit der Wirtschaft, d. h. der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Über das selbe Unternehmertum, das so spricht, wenn das Elend und die Not in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch.

Zwischen den beiden Standpunkten der Revisionisten und des Unternehmertums muß sich die Arbeiterklasse durchkämpfen und dabei den Abbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfs- und Konsumwirtschaft umwandeln.

Der Staat hat gerade in der gegenwärtigen Situation, angesichts des Zerfalls der Privat-

wirtschaft, die Aufgabe, regelnd und lenkend in die Wirtschaft eingzugreifen. Von dieser Ueberzeugung sind die Gewerkschaften bei ihren Vorschlägen für die Arbeitsbeschaffung ausgegangen. Dabei waren sie sich durchaus bewußt, daß sich Deutschland in einer weit ungünstigeren Lage befindet als etwa die Vereinigten Staaten oder England.

Die Arbeitsbeschaffung muß sich daher in den durch die finanziellen Verhältnisse Deutschlands gezogenen Grenzen halten und die Arbeiten müssen volkswirtschaftlich rentabel sein, d. h. Werte schaffen, deren Ertrag eine Rückzahlung der aufgewandten Kosten ermöglicht.

Die ganze Aktion muß volkswirtschaftlich einwandfrei fundiert sein, Verzinsung und Tilgung der Kredite so gesichert werden, daß die Währung in keiner Weise bedroht ist.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, sind als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung folgende Arbeiten anzusehen:

1. Die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes.

Reichsarbeitsminister Stegerwald

der den Reichszähler vertritt, teilt mit, daß das Fernbleiben des Reichszählers keineswegs etwa mit dem Beratungsgegenstand des Kongresses zusammenhänge und beruft sich dann auf seine Rede auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress:

Wir sind weder optimistisch noch zu pessimistisch gewesen. Dem haben wir es zuzuschreiben, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung noch so ausgekommen sind. Ein Hauptfaktor für jede Besserung ist die außen- und innenpolitische Beruhigung, also ein befriedigender Ausgang der im Juni vor Ablauf des Hoover-Freijahres abzuhaltenden Reparationskonferenz, ebenso wie die geistige Befundung im Innern. Dafür wird nun nach der Reichspräsidentenwahl die Preußenwahl von größter Bedeutung sein. Den Wendepunkt in der Weltwirtschaftskrise erwarten viele für die zweite Hälfte 1932, in England und Amerika aber rechnet man vielfach damit erst für das Jahr 1933. (Unruhe.)

Als Hauptursache des Schrumpfungsprozesses kann ich nicht die Geldstörung ansehen. Diese war unerlässlich, um unseren Staat in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2,5 Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbefriedigt bleiben.

Warum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweitesmal ihre Schulden los zu werden hoffen. (Lebhafte Zustimmung.)

2. Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren,
3. der Kleinwohnungsbaue,
4. die Hausreparaturen,
5. Aufträge der Reichsbahn,
6. Aufträge der Reichspost,
7. zweimäßige Siedlungsarbeiten,
8. landwirtschaftliche Meliorationen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre.

Die Begrenzung auf eine Million Arbeitskräfte, auf die Zeitdauer eines Jahres, auf 2 Milliarden Gesamtaufwand ist keine willkürliche. Sie ist gegeben durch die Gesamtverhältnisse der Volkswirtschaft, in deren Rahmen die Arbeitsbeschaffung selbstverständlich bewegen muß.

Dank der Wiederbeschäftigung von einer Million Menschen wird eine zusätzliche Kaufkraft in den wirtschaftlichen Kreislauf eingeschaltet. Das wird belebend auf eine Reihe von Verbrauchsgüterindustrien wirken. Zugleich werden auch die Baustoffindustrien eine Belebung erfahren. Neue Anstellungen in der Wirtschaft werden stattfinden, so daß die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffung ihren unmittelbaren Nutzen vergrößern. Auf diese Weise kann der Schrumpfungsprozeß abgebrochen werden, die Wirtschaft wird eine Atempause bekommen, es werden sich bessere Bedingungen für die weitere Entwicklung der Konjunktur bilden. Das Wichtigste aber ist, daß diese Wendung dem Volk das Vertrauen in sich selbst, in seine Kräfte und in seine Zukunft wiedergeben vermag.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordert das Aufgebot aller Kräfte. Es ist nicht so, daß in einem Staatswesen wie Deutschland keinerlei Mittel für diesen Lebenszweck aufgebracht werden könnten. Es muß sogar geprüft werden, in welcher Weise noch die öffentlichen Haushalte zur Finanzierung beitragen können. Steuermittel aus der Hauszinssteuer und Reichsfluchtsteuer müssen für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Ferner müssen für die Finanzierung herangezogen werden die Ersparnisse der Reichsanstalt an Arbeitslosenunterstützung (insolge der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen), des weiteren die von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern sowie ihre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung.

Endlich muß die Finanzierung ermöglicht werden durch eine volkswirtschaftliche Arbeitsbeschaffungsanleihe. Die Arbeitsbeschaffungsanleihe mußte so ausgestaltet sein, daß sie die gehörigen Gelder aus dem Strumpf herausholt.

Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in eine „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ zusammengefaßt werden.

Die Gewerkschaften müssen in der „Zentralstelle“, wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationsstellen, stark vertreten sein.

Mit der Arbeitsbeschaffung muß eine wirklich scharfe amtliche Preisüberwachung auf allen Gebieten einsetzten, und diese Preisüberwachung muß während des ganzen Jahres der Arbeitsbeschaffung bestehen. Sie muß das Ziel verfolgen, jede spekulative Preisbildung unter allen Um-

Bei den zu beschaffenden Arbeiten, so meint Stegerwald weiter, werde man neben der Geltung der Tariflöhne doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitern müssen, aber so, daß das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde.

Stegerwald erklärte weiter, daß er keine Möglichkeiten sehe, im Laufe des nächsten Jahres die deutsche Rentenversicherung weiter ausbauen zu können. Man müsse den Rentenbeziehern ein Stückchen Land zuweisen, durch dessen Bebauung sie sich einen Naturalzuschuß zur Rente beschaffen können. (Widerpruch.) Die Reichsregierung habe bereits sichere

Finanzierungspläne für eine verstärkte Siedlung, besonders für eine Verstärkung der städtischen Vorraumfiedlung, ebenso auch für den Straßenbau und für Wohnungsreparaturen. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung nochmals Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle, und, falls diese Besprechungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzt werden werde. An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht. Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Angleichungen notwendig. (Heftiger Widerspruch der Delegierten.) Diese Angleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen neuen Lohnabbau. Minister Stegerwald schloß seine Rede mit der Versicherung, daß für die Arbeitslosen von der Regierung alles geschehen solle, was geschehen kann, ohne die deutsche Währung zu gefährden.

ständen zu unterbinden. Die Preisüberwachung kann nur erfolgreich sein in Verbindung mit einer dem Sinn und Zweck der Arbeitsbeschaffung angepaßten Zoll- und Kartellpolitik.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung sollte die Reichsregierung, um die noch vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viele Arbeitskräfte zu verteilen, endlich die allgemeinen gesetzlichen vierzigstündige Arbeitswoche durchzuführen. Die lange Arbeitszeit ist in Deutschland — angesichts der Tatsache von Millionen Erwerbslosen — zu einem öffentlichen Vergrüßnis geworden. Die Regierung muß daher ihre passive Haltung in dieser sozialen und konjunkturpolitisch wichtigen Frage aufgeben. Die Gewerkschaften können in der gegenwärtigen Situation allein den schreienden Mangel nicht beseitigen. Hier kann nur die Gesetzgebung ausräumen, und sie muß ausräumen, wenn Gesellschaft und Staat in ihrer Gesamtheit nicht unheilbaren Schaden nehmen sollen.

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht im Zeichen niedriger Entlohnung stehen. Im Gegenteil müssen solche Arbeiten den Vorzug erhalten, bei denen der Lohnanteil sowohl im Vorprodukt als auch in der letzten Ausfertigung möglichst hoch ist. Zusätzlich muß Kaufkraft geschaffen werden, um dadurch die Konsumgüterindustrie, in weiterer Folge die Produktionsgüterindustrie und schließlich den wirtschaftlichen Gesamtverkehr zu beleben. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muß daher selbstverständlich nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen.

Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum. Es dürfen nur wirklich zufällige Arbeitslosen für den freiwilligen Arbeitsdienst in Betracht gezogen werden, wirklich zufällige Arbeitslosen, die sich für Jugendliche als ungelehrte Arbeitskräfte besonders eignen, dagegen für ältere verheiratete Arbeiter ohnehin nicht in Frage kommen.

Auch der Reichswirtschaftsrat hat sich auf Anregung der Gewerkschaften mit der Frage der Hebung der Produktion, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung, befaßt.

Der Plan des Reichswirtschaftsrates ist ein Mindestprogramm. Er enthält kein Wort über den Kleinwohnungsbau. Er wird im einzelnen überaus vorsichtig formuliert. Trotzdem befaßt der Bericht hoch klar und unabweisbar die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierungsmöglichkeit. Auch er fordert höchste Aktivität der Reichsregierung, um der drohenden Zerstörung der weltwirtschaftlichen Beziehungen entgegenzuwirken und besonders einer vernünftigen handelspolitischen Zusammenarbeit der Völker wieder den Weg zu bahnen.

Der Vortragende ging dann im einzelnen auf das Elend der Arbeitslosen ein. Von den nahezu

7 Millionen Arbeitslosen sind über 2 Millionen über 50 Wochen ohne Arbeit.

In steigendem Maße müssen leistungsschwache, vorwiegend ländliche Gemeinden die Wohlfahrtsfürsorge an Arbeitslose bis zum äußersten einschränken. Aus einigen Gemeinden, so z. B. aus dem Westerwald, wird gemeldet, daß auch ältere Arbeitslose in ziemlich großer Zahl bettelnd durch den Bezirk ziehen, weil infolge der fehlenden Unterstützung bitterste Not besteht. Ähnliche Meldungen kommen aus zahlreichen Gemeinden ganz Deutschlands.

Die zerrüttete Wirtschaft ist heute nicht mehr in der Lage, den Arbeitsnachwuchs ordnungsmäßig für seine beruflichen Aufgaben vorzubereiten. Hunderttausende von jungen Menschen werden gleich nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos, bleiben es für lange Zeit und verlieren damit wieder die in der Lehrzeit erworbenen, in der eigentlichen Praxis noch nicht erprobten Kenntnisse.

Die allgemeine Not ist ungeheuer groß, ist bis zur Unerträglichkeit angewachsen.

Die Regierung hat für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt. Und das Unternehmertum ist in seinen

Forderungen an den Staat niemals bescheiden gewesen.

Das Kapitel der Subventionen an die Industrie ist fast unüberschaubar; sie gehen hier alljährlich in viele hundert Millionen. Die Sanierung der Großbanken aus öffentlichen Mitteln kostete fast 1 Milliarde. Die Osthilfe 1930 belief sich durch verlorene Zuschüsse und Kreditgewährung mit fragwürdiger Rückzahlung auf 80 Millionen, die Osthilfe 1931 auf 90 Millionen. Dazu kommen die Preisüberhöhungen durch Zölle, die allein für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1930/31 auf 2 Milliarden geschätzt werden. Die Garantie des Reiches für etwaige Verluste bei Aufträgen aus Rußland beträgt 70 Proz. Der Hausbesitz wurde durch die Reform der Hauszinssteuer und den Abbau der Mietgesetzgebung begünstigt. Der Kleinhandel ist durch das Verbot der Errichtung von Warenhäusern in den Mittel- und Kleinstädten bedacht worden.

Nun hat die Arbeiterschaft, haben besonders die Arbeitslosen das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem

nicht von den Direktoren oder Inhabern, sondern es sind die Vorsitzenden der Betriebsräte, die Vertreter der Arbeiter und Angestellten, die bei uns darauf drängen, durch eine Subvention die Aufrechterhaltung des Betriebes zu ermöglichen, weil sonst wiederum Tausende arbeitslos würden. Wenn wir jetzt sehen, wie manche dieser Wirtschaftsführer entleert aussehen (Heiterkeit), ich meine ohne den Nimbus, den die kapitalistische Presse immer um sie gewoben hat, wenn wir denken an die Metrologe, die erst jüngst für einen der größten Unternehmer, für den Herrn des Zündholzkonzerns, geschrieben worden sind, und wenn man jetzt sieht, daß er nichts weiter als ein ziemlich fälscher und Betrüger gewesen ist, der freilich mit großem Wagemut auf Kosten der anderen losgewirtschaftet hat — dann muß man sich doch sagen, wenn einzelne Wirtschaftsführer heute noch so auf dem hohen Pferd sitzen, so würden vielleicht, wenn alle Konzerne, industrielle und landwirtschaftliche, ehrliche Bilanzen aufmachen würden, so manche dieser genialen Wirtschaftsführer sich als etwas anderes entpuppen, als wofür sie bisher gegolten haben. (Große Heiterkeit und lebhafter Zustimmung.)

Die ganze Entwicklung hat ja gezeigt, daß das Währungsproblem nicht so sehr ein finanztechnisches oder wirtschaftspolitisches, sondern in sehr viel stärkerem Maße ein psychologisches ist. Eine Maßnahme, die in England, dessen Bevölkerung noch keine Inflation durchgemacht hat und noch einen gewissen Rückhalt sieht, sich verhältnismäßig ruhig ausgewirkt hat, würde ganz anders in Deutschland aufgenommen werden, das eine vernichtende Inflation durchgemacht hat. Man könnte die Wirkung gar nicht voraussehen, und jeder verantwortliche Politiker oder Wirtschaftsführer wird sich hüten, einen Schritt zu tun, der unter Umständen die Schleusen aufmacht. (Sehr wahr!) Gleichwohl sage ich, mit den sechs Millionen Arbeitslosen kann das nicht so weitergehen! Wirtschaftlich geht es nicht, aber noch viel schlimmer ist der demoralisierende Einfluß der Arbeitslosigkeit.

Die jungen Leute kommen aus der Lehre in die Stempelstellen und erliegen dem Einfluß des Nichtstuns, ohne sich weiter ausbilden zu können. Wenn auf den Straßen diese halbwegsige Jugend fortgesetzt mit Messer und Schlagring sich gegenübertritt, so ist das nicht nur auf die verbrecherische Agitation zurückzuführen, sondern auf das Nichtstun, das sie dafür erst empfänglich macht. Deshalb muß die öffentliche Verwaltung alles tun, und unter Umständen auch etwas riskieren, um die Mittel zu wirtschaftlich notwendiger Arbeit der brachliegenden Arbeitskräfte in öffentlichem Interesse aufzubringen.

Nun hört man das Schlagwort, wir müßten uns wieder großhungern. Der das ausspricht, meint dabei immer den anderen. (Große Heiterkeit.) Großhungern kann man sich nicht. Wenn wir alle barfuß gehen wollten und in Pappschuhen wie in der fernen Kriegszeit herumlaufen, dann könnten wir schließlich auch noch die letzten unserer Fabriken schließen. Wer soll aber dann die Arbeitslosenunterstützung zahlen? Und wenn das Volk nur Kartoffeln und Salz haben sollte, wie sollte es das erlangen? Das A und O der Wirtschaft ist: Nur von einem gefunden leistungsfähigen Innenmarkt aus können wir zum leistungsfähigen Weltmarkt kommen und fruchtbringend exportieren. Drückt man aber die Löhne immer weiter, um zu exportieren, so zerstört man den Innenmarkt und außerdem errichtet das Ausland gegen solche Unterbietung Dämme. Die haben auch ihre Arbeitslosen und warten nicht darauf, daß wir sie mit billigen Waren überschwemmen. Gewiß dürfen wir uns nicht isolieren, aber wir dürfen auch nicht durch immer weiteren Lohndruck, durch den man unsere Leistungsfähigkeit zu erhöhen glaubt, das Gegenteil erreichen. Sobald die innenpolitischen Entscheidungen getroffen und die außenpolitische Regelung vorgenommen ist, werden wir mit aller Kraft das Arbeitslosenproblem angreifen müssen. Nach meiner Überzeugung ist das nur möglich durch eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit — da gehe ich noch weit über Ihre 40-Stunden-Woche hinaus! (Beifall.) Nachdem die Maschine den Menschen die Arbeit abgenommen hat, kann doch der Mensch nicht so weiter hinstehen wie vorher, noch dazu ohne zu wissen, wo das Produkt bleibt. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit werden Opfer auf allen Seiten verlangt. Aber ich sehe darin die einzige Möglichkeit, den Menschen die Lust an der Arbeit wiederzugeben, damit auch die Lust am Leben und die Möglichkeit, aus der Situation zu entfliehen, in die uns der unfeliche Krieg mit seinen Folgen hineingebracht hat! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Gefolgschaft des Reiter-Generals



Am 10. April 309 es ein Teil der tapferen Kämpfer für die Weltrevolution vor, Hammer und Sichel zu verlassen und sich dem Hakenkreuz zu weihen. — Gestern brüllten sie: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!“ — Heute schreien sie: „Nieder mit Rot-Mord!“ — Das sind die Ergebnisse „revolutionärer“ Politik!

Der Ruf nach Planwirtschaft

Kritik und Vorschläge der Delegierten

Die interessante und lebhafteste Aussprache wurde vom Vorsitzenden des Baugewerksbundes, Nikolaus Bernhardt, mit einer temperamentvollen Rede eröffnet. Das Baugewerbe als maßgebende Schlüsselindustrie liegt vollständig darnieder. Es ist unrichtig, daß die Bauarbeiterlöhne an den hohen Baukosten schuld sind. Mit dem Lohnabbau ist die Bauwirtschaft nicht in Gang zu bringen. Die Bauarbeiterlöhne sind bereits auf dem Stand von 1926 angelangt. Der Mangel an gefunden und billigen Wohnungen ist groß. Hieraus ausgehend rief Bernhardt dem Reichsarbeitsminister zu: „Bringen Sie die deutsche Bauwirtschaft wieder in Gang! Reichen Sie hunderttausende Bauarbeiter wieder aus dem Elend, dann vollbringen Sie eine staatspolitische Tat, indem Sie diesen Menschen den Glauben an den Staat wiedergeben.“

Metz (Metallarbeiter-Verband) kritisierte die kapitalistische Wirtschaftsführung vom grundsätzlichen Standpunkt aus.

Die fehlerhaften Konstruktionen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung tragen die Hauptschuld an dem Massenelend.

Weil die Wirtschaftskrise international ist, deshalb sind internationale Hilfsmaßnahmen notwendig. Die Verstaatlichung der Großindustrie ist das Gebot der Stunde.

Schmidt (Bergarbeiterverband) stellte den Bergbau in den Mittelpunkt der Erörterungen. Es sind innerhalb der Bergbauindustrie Zehntausenden großen Umfanges erfolgt. Die Unternehmer des Bergbaues klagen; dennoch füllen sie die nationalsozialistischen Kassen. Die Einführung der 40-Stunden-Woche für die Bergarbeiter ist eine absolute Notwendigkeit. Die Bedeutung des Bergbaues macht ihn reif zur Verstaatlichung.

Cengiersdorf (Gesamtarbeiterverband) wendet sich an den Minister Stegerwald wegen der inkonsequenten Haltung in der Lohnfrage. Da Deutschland neben Rußland die größte öffentliche Wirtschaft besitzt, kann die Arbeitsbeschaffung weitgehend gefördert werden.

Arndt-Dresden erörtert die schwierige Lage der sächsischen Industrie. Diese schrumpft nicht nur ein, sondern sie stirbt ab. In Sachsen gibt es Landstriche, wo nicht einmal 10 Proz. der Arbeiterschaft beschäftigt werden. Daran trägt zum Teil die Handelspolitik der Regierung die Schuld. Einstmals berühmte sächsische Industrien wie die Maschinenindustrie, sinken zur Bedeutungs-

losigkeit herab. Die Glasindustrie ist zu fünf Sechsteln stillgelegt. Auf einem solchen Boden hat das politische Strauchrittertum die besten Chancen.

Larow (Holzarbeiter-Verband) packte das Problem von der grundsätzlichen Seite aus an. Er fragte bei der Regierung an, warum sie dem Internationalen Arbeitsamt keinen Arbeitsbeschaffungsplan eingereicht habe. Zur innerpolitischen Beruhigung hätte die Regierung viel beitragen können, wenn sie mit Energie eingegriffen hätte.

Wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem derartige Mängel aufweist, muß es geändert werden.

Die Autarkie ist eine hinverbrannte Idee. Die Zeit der großen privatwirtschaftlichen Investitionen ist vorerst vorbei. Deshalb muß die öffentliche Hand mit großen Mitteln Arbeitsprojekte zur Ausführung bringen.

Splecht (ADGB) behandelte das Problem Arbeitsbeschaffung vom sozialpolitischen Gesichtspunkt aus. Die Arbeitslosenunterstützung muß aufrechterhalten werden. Trotz ihrer Mängel versteht sie noch heute ihren Zweck, die Arbeitslosen wenigstens vor den größten Entbehrungen zu schützen.

Thimmig (Fabrikarbeiter-Verband) setzt sich für die ungelerten Arbeiter ein. Die Lage in der Baustoffwirtschaft, bei der Grob- und Feinteramik, in der Glasindustrie usw. ist geradezu katastrophal. Verschlechtert wird die Lage der Arbeiterschaft durch die von der Regierung gestützte Agrarpolitik. Aber bei alledem darf nicht vergessen werden, daß die Uneinigkeit der Arbeiterklasse an den ganzen Zuständen nicht unschuldig ist.

Quasnow-Ostpreußen beleuchtet die reaktionären Zustände in diesem abgelegenen Gebiet. Die landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer Ostpreußens sind mit den Landesverrätern auf eine Stufe zu stellen.

Scheffel (Eisenbahner-Verband) geht von der Lage der Reichsbahn aus. Diese beschäftigt weitere 44 000 Arbeiter zu entlassen. Dabei ist von Arbeitsmangel keine Rede. Allein zur Ausführung der notwendigen Reparaturen könnte man 70 000 Arbeiter bei 40stündiger Arbeitszeit zusätzlich beschäftigen. Die Reichsbahn könnte Arbeitsbeschaffung im großen Stil treiben, wenn sie die 75 000 Brücken, der gesamten Oberbau, die Tunnel, die Bahnhöfe usw. einer eingehenden Durchprüfung unterziehen würde.

Namen richtet dieser Kongreß an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber hatte. Man sage uns nicht: Arbeitsbeschaffung scheitert an der Finanzierungslosigkeit, oder Arbeitsbeschaffung bedeutet Inflation! Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften, besonders unter Einwirkung von Vertretern der Gewerkschaften, zusammensetzen und die Fragen der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Rede Eggerts wurde ein Schreiben des Reichslängers verlesen, worin er sein Fernbleiben mit dringenden Dienstgeschäften begründet und bedauert. Er wünscht dem Kongreß einen druckvollen Verlauf zum Nutzen der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Arbeiterschaft.

Kann man sich großhungern?

Der preußische Ministerpräsident sagt nein!

In der Aussprache nahm auch das Wort preußischer Ministerpräsident Otto Braun:

Die preußische Staatsregierung hat mit steigender Beforgnis die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens verfolgt und in den Grenzen ihrer Zuständigkeit und nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel sich bemüht, zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. In der Subventionierung von Privatunternehmungen direkt oder durch Bürgschaftsübernahme ist vielfach auch der preußische Staat beteiligt. Ich habe in jedem solchen Falle erhebliche Bedenken zum Ausdruck gebracht, und wenn wir es doch getan haben so nicht zuletzt, um die Arbeitslosigkeit nicht noch anzuwachsen zu lassen. Liegen uns solche Subventionsanträge vor, so jumeist

Der Ausklang des Kongresses:

Arbeitsbeschaffung und Umformung der Wirtschaft

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Eggert stellt den einigen Willen des Kongresses für Arbeitsbeschaffung fest, wofür die ganze Kraft der Gewerkschaften und der Partei eingesetzt werden soll. Minister Stegerwald hat zugesagt, was möglich ist, dafür zu tun. Wir fügen hinzu: ist das nicht mit dem kapitalistischen System möglich, so muß es ohne dieses System gehen. Es gibt für uns jetzt nur die Parole: Heraus aus diesem Elend! (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir Herrn Stegerwald sagen, das Maß ist voll, so heißt das, daß wir nicht mehr lange zusehen können.

Durch die Annahme der Entschliebung beauftragen Sie uns, bei der Regierung vorstellig zu werden mit unseren Forderungen, aber zugleich auch für den Umbau der privatkapitalistischen Wirtschaft in eine höhere Ordnung zu arbeiten. Angesichts des Sinkens unserer Ausfuhr muß es die Aufgabe der Lohn- und Gehaltspolitik sein, den inneren Markt zu stärken.

Arbeitsbeschaffung, das ist die Forderung der Zeit. Und mit dieser Forderung werden wir durchdringen.

Alle Kraft wollen wir fortan aufbieten, damit eine Wirtschaftsordnung Platz greift, die diese unerhörten Erschütterungen, diese Not und dieses Elend vermeidet, die das deutsche Volk in den letzten einhalb Jahren durchgemacht hat — eine Wirtschaftsordnung, in der jeder, der Menschenantrag trägt, ein menschenwürdiges Dasein führen kann. (Stürmischer Beifall.)

Nach einstimmiger Annahme der Entschliebung, die wir an anderer Stelle wiedergeben, ist der Kongress nach fast siebenstündiger ununterbrochener Verhandlung beendet.

* * *

Vorsitzender Schumann spricht den Vertretern der Regierungen und den anderen Gästen sowie dem Reichspräsidenten den Dank aus, und fährt fort: Im Hinblick aber auf die wichtige Entscheidung in Preußen schließen wir, anders als sonst unsere Kongresse, diesen Tag mit dem Ruf: Die Deutsche Republik, der Freistaat Preußen und die organisierte Arbeiterschaft, sie leben hoch!

Alles im Saal und auf der Tribüne hat sich erhoben und bringt ein donnerndes, dreifaches Hoch aus!

Chemnitzer Strumpfwirker streiken in Wien!

In den letzten Monaten sind viele Strumpfwirker aus Chemnitz, Thalheim und Gelenau (Sachsen) nach Wien gefahren, um dort zu arbeiten. In ihrem Heimatort wurden ihnen von der Firma Hering („Amazonen“) die glänzendsten Versprechungen gemacht. Es wurde ihnen gesagt, daß sie von dem Verdienst ihre Familien unterstützen und außerdem in Wien ein anständiges Leben werden führen können.

Ein anderes Gesicht bekam die Sache schon, als die Wirker in Wien waren. Hier erfahren sie, daß sie täglich zehn Stunden arbeiten, auf Krankentage entgelt und viele andere soziale Schutzbestimmungen verzichten mußten. Als Damoklesschwert wurde über sie die Drohung der fristlosen Kündigung gehängt. Im Laufe der Zeit mußten die meisten auch noch eine Lohnkürzung über sich er-

gehen lassen, so daß manche nicht einmal das nackte Leben fristen, geschweige denn ihre Familien unterstützen können. Die Wirker organisierten sich und wollten, gemäß dem österreichischen Gesetz, einen Betriebsrat wählen. Daraufhin entließ der Chef den Spitzenkandidaten. Der Arbeiter bemächtigte sich helle Empörung und sie trafen geschlossen in den Streik.

Die Wiener Textilarbeiter stehen geschlossen an ihrer Seite und unterstützen ihre deutschen Genossen in jeder Weise. Es geht in diesem Streik um Einstellung des entlassenen Betriebsrats und Anerkennung der Organisation; um Einhaltung des Achtstundentages und schließlich um eine anständige Entlohnung. Es kam in der Streikversammlung der entschlossenen Wille zum Ausdruck, solange im Streik zu verharren, bis diese Forderungen erfüllt sind. Oder, wie in der Versammlung gesagt wurde, den Hering solange zu ränchern, bis aus ihm ein Wackling geworden ist.

Politische Wochenschau

Das Verbot der SA- und SS-Formationen

Der NSDAP ist endlich am 13. April erfolgt. Lange genug konnten die Hitler-Buben ihr Unwesen treiben und die Bevölkerung ganzer Landesteile terrorisieren. Es war eine Bürgerkriegsarmee, die kaserntiert und nach militärischem Muster aufgezogen war mit der bestimmten Absicht, die Staatsgewalt an sich zu reißen. Sie bildete einen Staat im Staate. Es war die höchste Zeit, daß man endlich dem Spuk der SA von Reich wegen ein Ende machte, zumal mit normalen Mitteln der Polizei und der Justiz der Terror dieser Banden nicht unterdrückt werden konnte. Die Justiz selbst nahm gegen den Terror der hitlerischen Bürgerkriegsarmee in den weitaus meisten Fällen eine recht zweifelhafte Stellung ein. Das gleiche kann man zum Teil von der Polizei ebenfalls sagen. Hitler selbst dürfte recht froh sein, daß diese Formationen durch die Regierung aufgelöst worden sind, zumal die SA-Formationen — etwa 300 000 Mann — Wohnung für ihre „Längsteit“ beanspruchten. Es ist ferner bekannt, daß die diensttunenden Offiziere der hitlerischen Armee ziemlich hohe Gehälter erhielten. Eine Aufrechterhaltung dieser Bürgerkriegsarmee hätte weitere ungeheure Summen verschlungen. Es war damit zu rechnen, daß die Geldquellen bald erschöpft wären. In diesem Fall wären dann diese organisierten Banden eine Gefahr für Hitler und seinen Anhang selbst geworden.

Das Verbot der SA und der SS ist im ganzen Lande mit wenig Störungen durchgeführt worden. Selbst hatte die Nationalsozialistische Partei rechtzeitig vom dem be-

vorstehenden Verbot durch irgendeinen Schleicher Kenntnis erhalten, so daß sie in der Lage war, Gegenstände, die militärischen Zwecken der Organisation gedient haben, zum größten Teil der polizeilichen Sicherstellung zu entziehen. Immerhin ist der Polizei im Reich noch vieles Material in die Hände gefallen, so wurden u. a. in Darmstadt ein Flugzeug, mehrere Autos, mehrere Motorräder, eine Menge vollgepackter Tornister mit eisernen Rationen, Feld- und Telephongerät beschlagnahmt, ferner noch Militärmäntel mit Aufschlappen und größere Mengen militärischer Ausrüstungsstücke. Sichergestellt wurden zahlreiche Handfeuerwaffen und Hieb- und Stichwaffen aller Art. In Berlin wurde die sogenannte Feldzeugmeisterei, die Verkaufsstelle für Ausrüstungsgegenstände geschlossen und das gesamte Material beschlagnahmt. Es wurde also noch viel Material gefunden und beschlagnahmt.

Daß der rechtsstehenden Presse und auch dem großen Volk selbst durch das Verbot die Spure weggeblieben ist, zeigt das hilflose Gekammel jener Presse und das Geschwafel Adolf Hitlers. Hitler hat ausländischen Journalisten gegenüber behauptet, daß er Beweise dafür habe, daß der Reichsführer das SA-Verbot unter dem Druck Lardius ausgesprochen habe. Die Reichsregierung bezeichnet diese Behauptung als vollkommen erfunden lediglich zu dem Zweck, um die Reichsregierung zu verdächtigen und ihr Ansehen im In- und Auslande herabzusetzen.

Das Verbot der SA hat in der deutschen sowie in der ausländischen Presse ein starkes Echo ausgelöst. In Deutschland wird das Verbot als eine große politische Entschliebung empfunden. Es ist aber auch interessant, welchen Eindruck das Verbot im Ausland hervorgerufen hat. Die „Times“ und „Daily Telegraph“ äußern größte Befriedigung

über das energische Vorgehen der öffentlichen Gewalt. Man glaubt jedoch, daß der Eingriff sehr spät, vielleicht zu spät erfolgt sei. „Daily Express“ sieht in der Unterdrückung der Leibwache und Stoßtruppe Hitlers eine Probe auf die tatsächliche Macht Hitlers über seine tatsächliche Gefolgschaft. Der „Petit Parisien“ erklärt die Aktion damit, Deutschland habe die Unannehmlichkeiten vermeiden wollen, in Genf über die 400 000 Mann nationalsozialistischer Miliz Erklärungen abgeben zu müssen. Der sozialistische „Populaire“ bezeichnet die Entscheidung der Reichsregierung als ein Ereignis von größter Wichtigkeit für die innere deutsche Politik und für die Außenpolitik des Reiches. In Washington rechnet man damit, daß die Auflösung der SA-Organisation einen günstigen Einfluß auf die deutsch-französischen Beziehungen haben wird.

Die Rechtspresse, die gegen die militärische Schutzgarde Hitlers nichts einzuwenden hatte, schreit sich auf einmal heiser, um ein Verbot des Reichsbanners zu erwirken. Jedenfalls rechnet sie mit ihren Freunden in den verschiedensten Ministerien, die ihr Hilfsleistung leisten sollen, um eine republikanische Einrichtung zu Fall zu bringen. Die Rechtspresse verkennet natürlich vollkommen, daß das Reichsbanner auf dem Boden der Verfassung steht und dieselbe zu schützen sucht, während die SA mit Gewalt die Verfassung zu beseitigen sich zum Ziel gesetzt hatte.

Wahlnachklänge

Der Ausgang der Reichspräsidentenwahl ist für die SPD nicht nur beschämend, sondern geradezu vernichtend in seiner Auswirkung. Ueber eine halbe Million Wahlmann-Stimmen vom ersten Wahlgang sind bei der zweiten Wahl zu Hitler übergegangen! Dieser Wechsel von der äußersten Linken zur äußersten Rechten ist das Ergebnis einer hemmungslosen und niedrigen Agitation, die die SPD und die Gewerkschaften geführt hat. Das Klassenbewußtsein der kommunistischen Arbeiterschaft ist durch diese Agitation getrübt worden. Diese Tatsache ist für die gesamte Arbeiterschaft beschämend. Im weiteren ist der Ueberlauf von links nach rechts der Anfang vom Ende einer ehemals starken politischen Partei. So rückt sich an dieser Partei selbst diese niedrige Agitationsweise. Soweit sich heute überblicken läßt, haben bereits ein Teil dieser Ueberläufer die Konsequenz gezogen und sind von der kommunistischen Partei zur NSDAP übergetreten. So wird u. a. aus Blankenburg a. Harz gemeldet, daß der größte Teil der dortigen SPD-Ortsgruppe zur Nationalsozialistischen Partei übergetreten ist. Ähnliche Uebertritte erfolgten in Schöningen, Langesheim und anderen Orten. Wenn die „Rote Fahne“ ihren Lesern prophezeit, zur Preußenwahl einen großen Sieg davonzutragen, dann mutet einen dieses Gerede wie ein Schmarren des dummen August aus dem Zirkus an.

Hitler klagt gegen Otto Braun

Der Rechtsanwalt Hitlers, Frant II, München, hat gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Vorwärts“ Privatklage erhoben wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolgten landesverräterische Absichten. Otto Braun hat sich in Breslau dahingehend geäußert, daß er der Klage Hitlers mit Ruhe entgegenstehe; die beschlagnahmten Dokumente seien Beweise genug für die landesverräterischen Pläne der SA.

Ungeheuerliche Betrügereien

Nach übereinstimmenden Meldungen führender ausländischer Blätter befinden sich im Besitz des Kreuger-Konzerns italienische Schatzanweisungen im Werte von 300 Millionen Schwedenkronen. Von italienischer Seite wird die Echtheit dieser Staatspapiere bestritten, da Kreuger so gut wie keine Geschäftsverbindungen mit Italien gehabt hat. Im weiteren wird noch behauptet, daß Kreuger die deutsche Anleihe doppelt verpfändet habe. Inzwischen sind drei Direktoren, die zum Teil sich selbst aktiv an den Schwindelspielen beteiligt haben, festgenommen worden.

Mit dem Kreuger-Skandal ist eine der schlimmsten Eiterbeulen der kapitalistischen Wirtschaft ausgebrochen. Man sieht hier wiederum, daß die kapitalistischen Wirtschaftsführer vor keinem Verbrechen zurückzucken.

Interessant ist auch, was die Zeitung „Socialdemokraten“ in Stockholm schreibt, nämlich, daß Ivar Kreuger den Faschismus in Spanien und auch in Deutschland unterstützt habe. Es sei, so versichert die Zeitung, eine Quittung über 5 Millionen Peseten von König Alfons und eine Quittung über 100 000 von Adolf Hitler gefunden worden. Ja, schöne Seelen treffen sich zu Wasser und zu Lande.

Gefasste Einbrecher

„Eine Gewerkschaftskasse völlig erschöpft aufgefunden.“

Vor etwa einem Jahre brachte die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Waldbüch (Süddeutschland) einen Artikel mit der obigen Ueberschrift, in welchem kurz und bündig behauptet wurde, daß ein Einbruch, welcher im Büro unserer Ortsverwaltung verübt worden war, nicht von fremder Hand, sondern durch unseren Geschäftsführer, den Kollegen Kahle, ausgeführt wurde. Die sogenannte „Arbeiterzeitung“ schrieb nämlich folgendes: „Wieviel Arbeitergroßen mit auf diesen Spaziergang gingen, ist nicht bekannt, aber gut hätte Kahle getan, wenn er, wie sein Vorgänger B., ein Motorrad angeschafft hätte, damit diese Kasse nicht zu Fuß hätte stützen gehen müssen.“

Den Bemühungen der Polizei ist es nun gelungen, die Täter festzunehmen. Es sind vier an der Zahl, wovon einer aus Leipzig und ein anderer aus Mühlhausen stammt. Ob nun das tüchtige „Arbeiterblatt“ seine Leser über den Tatbestand aufklären wird? Die Arbeiterschaft sollte indessen schon aus der ersten Neuherung der Kommunistenzeitung erkennen, mit welchen Mitteln unsere sogenannten „Revolutionäre“ arbeiten. Man kann diese Kampfweise nur niedriger hängen.

Hermann Martin gestorben

Einen herben Verlust erleidet am 11. April der Deutsche Textilarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Delsnig i. B., durch das Ableben des langjährigen, rührigen Geschäftsführers, Kollegen Hermann Martin. Zwei Jahrzehnte lang hatte er die Geschicke unserer Filiale in vorbildlicher und gewissenhafter Weise geleitet. Eine große Liebe verband ihn mit der Textilarbeiterchaft. Sein ganzes Leben legte er für dieselbe ein. Mit ihm verlierten wir einen tüchtigen Kämpfer und wertvollen Berater. Kollege Martin wurde am 11. Dezember 1875 in Hohenstein-Ernstthal als Sohn einer Hauswebereifamilie geboren. Mit fünf Geschwistern besuchte er die Volksschule seiner Heimatstadt. Seine Lehrzeit als Bäcker verbrachte er in Glauchau. Nach Beendigung derselben ging er auf die Wanderschaft. Die Schweiz und andere Länder blieben ihm nicht fremd. Hier lernte er die Grundbegriffe der Gewerkschaftsbewegung kennen. In Plauen i. B. setzte er sich fest und übte noch einige Jahre sein Bäckerhandwerk aus. Durch die Fühlungnahme mit der Textilarbeiterchaft erlernte er das Tamburieren und war als solcher tätig bis zu seiner Wahl als Geschäftsführer in Delsnig i. B. Dem Deutschen Textilarbeiter-Verband trat er 1900 bei. Im Ortsausschuß ist der Kollege Martin ein guter Fachberater gewesen. Martin war mehrere Jahre Stadtratsordner, Bezirksausschußmitglied und lange Jahre Vorstand der Ortskrankenkasse Delsnig-Stadt. In all diesen Ausschüssen konnte er seine glänzenden Fähigkeiten auswirken und damit die Bewegung der Textilarbeiterchaft in Delsnig befördern. Beschreiben blieb er dabei immer. Möge das gute Beispiel Martins alleseitige Nachahmung und Würdigung finden. Die Arbeiterschaft von Delsnig und Umgegend wird ihm für alle Zeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Samstag, 24. April, ist der Beitrag für die 17. Woche 1934

Adressenänderungen

Gau Hannover: Bremen ist zu streichen, da mit Deinenhorst verschmolzen.

Lauenstein: V. Heinrich Müller ist zu streichen. Die Post ist bis auf weiteres an Heinrich Binder, Lauenstein Nr. 130, zu senden.

Gau Stuttgart: Sonthelm a. N.: Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt.

Gau Dresden: Crimmitschau: Franke ist zu streichen. V. Lukas Philipp, Karlstr. 20.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßel in Berlin. — Verlag: Karl Schöber in Berlin, Remer-Str. 39. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt: Paul Singer in Berlin.

„Wirtschaftsführer“ der Textilindustrie Die Affäre Zoppitz

V. K. Der Fäulnisprozess des kapitalistischen Systems wird jetzt durch die Gerichte allmählich aufgedeckt. Am 24. März 1932 wurde Dr. Rudolf Zoppitz nach einer Gesamtprozessdauer von acht Wochen von der Großen Strafkammer in Ellwangen wegen fortgesetzten Betruges und Untreue zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr fünf Monaten sowie zu einer Geldstrafe von 700 Mk. und wegen eines Konkursvergehens zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Untersuchungshaft von 9½ Monaten wird auf die Strafe angerechnet. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Gefängnis und 40 000 Mk. Geldstrafe beantragt.

Dr. Rudolf Zoppitz war bekanntlich der Hauptinhaber und Direktor der größten Wolldeckenfabrik des europäischen Kontinents, der im Jahre 1828 gegründeten Firma Gebr. Zoppitz in Mergelfeld bei Wittbg., mit Zweigniederlassungen in Neubolheim und Herbrechtingen. Es erregte seinerzeit berechtigtes Aufsehen, daß dieses leistungsfähige Unternehmen im Oktober 1929, also während der Wollkrisis, als eine der ersten großen Textilfirmen die Zahlungen einstellte. Die Firma produzierte zuletzt jährlich 300 000 Wolldecken und 600 000 Meter ähnlicher Stoffe und beschäftigte etwa 1500 Arbeiter und 200 Angestellte.

Lange hat die Öffentlichkeit im Dunkeln tappen müssen, ehe sie von dem Geschäftsgebaren des Textilkapitalisten Zoppitz Kenntnis erhielt. Glende Geheimnisträumerei ist von jeher der Leitstern der privatkapitalistischen „Wirtschaftsführung“ gewesen. Dieses Versteckspiel versuchte man selbst dann noch fortzusetzen, als die Öffentlichkeit infolge des bemerkenswerten Insolvenzfalles bereits ein lebhaftes Interesse bekundete. Nachdem der Zusammenbruch Tatsache geworden war, berief man nur die Banken und die übrigen Großgläubiger mit Forderungen von 50 000 Mk. aufwärts zu einer ersten Gläubigerversammlung zusammen. Nur ihnen gab man einen Status bekannt. Wenn aus ihrer Mitte wurde der Gläubigerausschuß gewählt. Ehrenwürdig hatten sich die fünfzig bis sechzig Teilnehmer des Ausschusses zu verpflichten, völliges Stillschweigen über den Verlauf der Verhandlungen zu bewahren. Die Öffentlichkeit speiste man mit ungewöhnlich dürftigen Kommuniqués ab.

Unter den zahlreichen Großgläubigern der Firma Zoppitz befanden sich auch öffentliche bzw. halböffentliche Institute, und zwar die Kassauische Landesbank und die Württembergische Notenbank. Da die Notenausgabe auf öffentlichem Recht beruht und der württembergische Staat als größter Aktionär beteiligt ist, wird man die Württembergische Notenbank mindestens als halböffentliches Institut bezeichnen müssen. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt der jeweilige württembergische Finanzminister. Als die Sozialdemokratie im Württembergischen Landtag Auskunft über die Kredite an Zoppitz forderte, nahmen die Heimlichkeiten immer noch kein Ende.

Verlangte doch der deutschnationalen Finanzminister Dr. Dehlinger schon vor Eintritt in die Verhandlungen strengste Vertraulichkeit, worauf der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Schumacher unter Protest die Sitzung verließ.

da er andernfalls behindert gewesen wäre, Dinge öffentlich zu verwerthen, die er schon vor diesem Bericht gekannt hatte. Die Presse erhielt aus der nichtöffentlichen Sitzung wieder nur ein in allgemeinen Redewendungen gehaltenes Kommuniqué. Man war ja

auch zu vertrauensselig gewesen. Saß doch befreundeterweise Dr. Zoppitz als einer der größten Kreditnehmer der Württembergischen Notenbank in deren Kreditausschuß. Bei Prüfung der Affäre Zoppitz ergibt sich somit als

Grundübel Mangel an Offenheit.

Genau so wie Gläubigerausschuß und Finanzminister nach dem Zusammenbruch den Mangel an Offenheit an den Tag legten, glaubte Zoppitz vor dem Zusammenbruch um das ehrene Geheiß der Wahrheit herumzukommen. Dieser „Wirtschaftsführer“ hatte am Ende nur das betrieben, was beim Privatkapitalismus ist: die Verschleierung.

Zweifel dieser Verschleierung war bei Zoppitz wie bei allen anderen der Mangel an Offenheit. Es genügte ihm nicht, daß sein Unternehmen in seiner Art das größte des europäischen Kontinents war. In der Gerichtsverhandlung bestritt er, irgendwelche Expansionsgelüste gehabt zu haben. Seine Handlungsweise bezogte aber das Gegenteil. Seine Bilanzen wiesen für das Jahr 1925 einen Gewinn von 426 000 und für das Jahr 1927 einen solchen von 282 000 Mk., während nach dem Geheimbuch in diesen Jahren Verluste von 250 000 bzw. 224 000 Mk. entstanden waren. Zu derartigen „Buchungen“ fühlte sich der Mann mit den 40 Ehrendoktoren bzw. 10 Aufsichtsratsposten obendrein noch berechtigt. Immer und immer wieder betonte er in der Gerichtsverhandlung, daß derartige Methoden weder Bilanzfälschungen noch Verschleierungen seien. — Mit solchen Betrügereien gelang es ihm, von Banken

und Warengläubigern stets neue Kredite zu ergattern, die er in unerhörtem Ausmaß in Gebäude und Maschinen hineinsteckte. So wurden Millionen von Mark sinnlos festgelegt.

Ein beträchtlicher Teil der Kredite wurde unter seinen Fingern in Beteiligungen umgewandelt. Auch hier ging er sehr dunkel zu Werke. Das zeigte klar die Zeugenvernehmung des Direktors Peter List von der C. Krüger, Niedertaufziger Tuchindustrie A.-G. in Spremberg. Direktor List konnte noch nicht einmal darüber bestimmte Angaben machen, ob die Aktien der Niedertaufziger Tuchindustrie A.-G. für den Angeklagten persönlich oder für die Firma Zoppitz erworben wurden. Peter List nimmt das Letztere an. Später sei es zu einem Streit gekommen, ob der Angeklagte Zoppitz die Papiere nun wirklich erworben habe oder nicht. Das nennt sich Wirtschaftsführung!

In seiner ganzen Größe zeigte sich Direktor Zoppitz, als er sich mit dem Argument verteidigte, die Bankdirektoren, die ihm Millionenkredite eingeräumt hätten, hätten ihm niemals gesagt, daß er diese Kredite auch zurückzahlen müsse. Diese Unterlassung habe ihn veranlaßt, nicht an die Rückzahlung zu denken. Derartige Verteidigungsblößen sind natürlich nur faule Ausreden. Für so dumm kann man einen „Wirtschaftsführer“ vom Schlage des Dr. Zoppitz beim besten Willen nun doch nicht halten. Dahinter stecken ganz andere Gründe. Zoppitz hatte zweifellos genau so wie die zahllosen übrigen betrügerischen Bankrottäre auf das lahmgewordene Nazischiff gesetzt.

Gleich den Lohndruckern und vielen anderen schwebte er in der Hoffnung, daß der Ausbruch des Dritten Reiches und damit die Streichung der Schulden vor der Tür stehe!

Der Arbeiterkraft ist die „doppelte Buchführung“ des Direktors Zoppitz sehr teuer zu stehen gekommen. Der Gläubigerausschuß hatte sich zwar im Jahre 1929 in den Kreisen der Arbeiterkraft dadurch beliebt machen wollen, daß er beschloß, im Interesse der großen Arbeiterkraft das Unternehmen auf alle Fälle fortzuführen. Aber bereits wenige Wochen nach dem Zusammenbruch war die einstmalige 1500 Mann starke Belegschaft auf 400 Personen zusammengeschmolzen. Für Millionen von Mark müssen öffentlich rechtliche Institute und damit letzten Endes die ehrlichen Steuerzahler einspringen.

Textilarbeiter, tragt euren Teil dazu bei, diese Mißwirtschaft zu beseitigen. Je mehr ihr die Organisation stärkt, desto eher wird die planmäßige Wirtschaftsbindung und damit der kulturelle Aufstieg der Textilarbeiterkraft Tatsache werden!



Notizen

100 Kilogramm Kaffee = 36 Kubikmeter Gas

Aus neuesten Meldungen über den Kampf der Regierung Brasiliens gegen den Kaffeeüberfluß stellen wir folgendes Butte zusammen:

Die Stadtverwaltung Santos hat beschlössen, 1 Million Sack Kaffee als Brennmaterial in den städtischen Gaswerken zu verheizen.

Der brasilianischen Regierung ist abermals ein Verfahren für Umwandlung von Kaffee in Gas vorgelegt worden. Nach dem Verfahren sollen aus je 100 Kilogramm Kaffee 36 Kubikmeter Gas produziert werden.

Die Finanzierung der brasilianischen Kaffeeverbrennungen im großen ist gesichert. Die Bank von Brasilien hat dem Nationalen Kaffeerat einen Kredit von insgesamt 600 000 Contos zu diesem Zwecke eingeräumt. Davon dienen 400 000 Contos zur Bezahlung der inneren Kaffeevorräte, 100 000 Contos für Ankauf und Bezahlung der neuen Ernte 1931/32 und 100 000 Contos für Stützungskaufe in Ausfuhrhäfen.

Der brasilianischen Regierung wurde ein Plan unterbreitet, wonach 400 Millionen Kaffeebäume, die durch den Kaffeestief mehr oder weniger beschädigt sind, vernichtet werden sollen. Den Pflanzern wird für diesen Schaden Entschädigung gewährt. Da der Gesamtbestand an Kaffeebäumen auf etwa 1¼ Milliarden geschätzt wird, so muß die Vernichtung von 400 Millionen Bäumen zu

einem erheblichen Rückgang der Produktion führen.

Die Stätte der Massenvernichtung von Kaffee ist der einige Kilometer von Santos entfernte Ort Almoa. Der Kaffee wird dort in langen Güterzügen, von denen jeder Waggon 450 Sack faßt, transportiert. Er wird dann in einer Länge von 1½ Kilometer rechts und links von der Eisenbahnlinie aufgeschüttet, und zwar in einer Breite von acht Meter an jeder Seite. Wie die Praxis in Brasilien gezeigt hat, verbrennt Kaffee ohne Zutun irgendwelcher Brennstoffe, entwickelt beim Verbrennen verhältnismäßig wenig Qualm und hinterläßt nur wenig Aschenreste.

Kein Wort ist notwendig, um die aufreizende Tatsache näher zu kennzeichnen, daß diese Vernichtung eines hervorragenden Genussmittels bei größtem Verbrauchermangel möglich ist.

Brechen die Nazis die Zinsnechtheit?

Nein, natürlich können und wollen die Hakenkreuzler die Zinsnechtheit nicht brechen. Aber es ist nötig, den Nazis und ihren Nachfolgern das Gedenkbild ihrer Agitation nachzuweisen. Das erfüllt in vollstündlicher Weise und trotzdem wissenschaftlicher Exaktheit die neue Broschüre der Sozialdemokratie: „Kaffee und Schwäger!“

Diese wirksame Waffe kostet 10 Pf. und ist in allen Volksbuchhandlungen, den Sekretariaten der SPD. und der Werbeabteilung, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu haben.

Aus den Frauengruppen Breslau

Frar arbeit im 1. Quartal 1932.

Die Frauengruppe Breslau hat im 1. Quartal 1932 ihre neue Werbearbeit begonnen

und ist es ihr gelungen, die Teilnehmerzahl im Unterbezirk Stabellwitz-Deutlich bis auf 17 zu erhöhen. Die regelmäßigen Sitzungen der Frauengruppe finden jeden zweiten Mittwoch in Breslau statt und weisen ebenfalls durchschnittlich eine Teilnehmerzahl von 12 auf. Im Unterbezirk Stabellwitz ist man davon abgekommen, die Gruppensitzungen in Gastwirtschaften abzuhalten, da sich die einzelnen Gruppenmitglieder verpflichtet haben, umwechselnd ihre Wohnung zur Verfügung zu stellen, und zwar wird immer in jeder Sitzung festgelegt, bei wem die nächste stattfindet. Diese Einführung hat sich bis jetzt bewährt.

Die Frühjahrsarbeit zur Werbung unter den Textilarbeiterinnen soll mit einem Ausflug eingeleitet werden, und zwar am 5. Mai (Himmelfahrt) nach Schillerhöhe, Bezirk Breslau. Am 5. Mai früh 8¼ Uhr treffen sich alle Frauengruppenmitglieder, sowie alle Textilarbeiterinnen mit ihren Angehörigen am Flughafen zur Weiterfahrt mit dem Autobus bis nach Endstation Dfch. Lissa, von da aus Fußtour am Weißrigdamm entlang Radfahrer treffen sich um 8 Uhr früh am Flughafen. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß durch die Umsteigemöglichkeit von der Straßenbahn auf den Autobus die Hinfahrt 35 Pf. sowie die Rückfahrt ebenfalls 35 Pf. beträgt. Es ist jedem Teilnehmer möglich, von seiner Wohnung aus die nächste Straßenbahn zu benutzen, umzustiegen, bis nach dem Flughafen durchzufahren und von dort mit demselben Fahrchein, den man für 25 Pf. in der Straßenbahn verlangt, in den Autobus überzustiegen, wo dann nur noch in dem Autobus auf den 25-Pf.-Fahrchein 10 Pf. zuzuzahlen sind. Durch diese verbilligte Fahrt glauben wir es jeder Textilarbeiterin möglich zu machen sich an dem Ausflug zu beteiligen, wozu wir hiermit rechtzeitig einladen.

Gemeinschaftsarbeit in Dresden

Die Ortsverwaltung hatte kürzlich die Arbeiterinnenkommissionen nach dem Dresdner Volkshaus zu einer gemeinsamen Sitzung geladen.

Kollege Richter richtete herzliche Begrüßungsworte an die Versammelten und betonte dabei, daß diese Veranstaltung der Auftakt für eine rege gemeinschaftliche Tätigkeit der verschiedenen Gruppensitzungen sein soll. Nachdem er diese Gemeinschaftsarbeit noch näher skizziert hatte, referierte er über das Thema: „Der Verband im Kampf und die Arbeiterinnenkommissionen.“ Die Kolleginnen erhielten Einblick in die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und der Welt und umfassende Uebersicht über die Tätigkeit und die Kämpfe des Verbandes in dieser Zeit der schwersten Wirtschaftskrise.

Der nächste Tagesordnungspunkt rief eine sehr lebhaftes Aussprache hervor, galt es doch zu entscheiden, ob zentralen oder örtlichen Zusammenkünften der Vorzug zu geben sei. Es wurde dann beschlossen, die örtlichen Veranstaltungen wie bisher weiter zu pflegen, darüber hinaus aber in bestimmten Zeitabschnitten entsprechend der Anregung des Kollegen Richter sämtliche Gruppensitzungen zusammenzuführen.

Lebhaft Zustimmung fand die Anregung, einsame Wanderungen und Besichtigungen vorzubereiten; aber auch die Wahrung einer Kollegin, daß alle regelmäßig die örtlichen Kommissionssitzungen besuchen müssen, fand die notwendige Beachtung.

Es ist nun Aufgabe der einzelnen Gruppensitzungen, dafür zu sorgen, daß sich die Arbeiterinnenbewegung im Filialbezirk im Sinne und im Geiste dieser Veranstaltung weiter vorwärts entwickelt.

Sommerfeld. Nach tritt der Tod den Menschen an... Unsere Kollegin Hedwig Hundt verchied am Mittwoch, dem 6. April, als sie sich zu ihrer Arbeit begeben wollte. Mehr als zwanzig Jahre hat sie als Textilarbeiterin in der Fron des Kapitals gestanden. Die Beerdigung fand unter großer Beteiligung der Arbeiterkraft der Sommerfelder Textilmühle statt. Die Arbeiterkraft veranstaltete auch die erste Sammlung, um die zwei zurückgebliebenen Waisen der verstorbenen Kollegin zu unterstützen.

UNTERHALTUNG UND WISSEN



Die Geschichte eines amerikanischen Seemanns : Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin
Illustriert von Georg Wilke

16. Fortsetzung

12.

Egypten Paris—Limoges. Ich sitze drin und habe keine Karte. Diesmal wurde kontrolliert. Wer ich verschwand spurlos. Limoges—Toulouse. Ich sitze drin und habe auch keine Karte. Was die nur immerfort zu kontrollieren haben. Es muß doch in der Tat zu viele Eisenbahnschwindler geben, daß so oft kontrolliert wird. Aber die haben ganz recht; wenn jeder ohne Karte fahren wollte, wer sollte denn dann die Dividenden bezahlen. Das geht doch nicht. Ich ver-



34. Kap. des —

schwinde spürlos. Als die Kontrolle vorbei ist, setze ich mich wieder auf meinen Platz. Plötzlich kommt der Kontrolleur zurück, geht entlang und steht mich an. Ich setze ihn auch an. Ganz dreist. Er geht weiter. Man muß nur wissen, wie man Kontrolleure anzusehen hat, dann hat man auch schon gewonnen. Er dreht sich um und kommt auf mich zu.

„Bitte, wo wollten Sie umsteigen?“

Ein ganz gerissener Burche, dieser Kontrolleur. Ich verstehe nur das Umsteigen in diesem Augenblick, weil ich die übrigen Worte erst in Gedanken überlegen muß. Aber dazu komme ich gar nicht, denn er sagt gleich darauf: „Bitte, lassen Sie doch mal Ihre Karte sehen, wenn ich sehr bitten darf.“

Na, Freund, wenn du noch so höflich bist und noch so höflich bittest, es tut mir sehr leid, ich kann dir deinen Wunsch nicht erfüllen.

„Ich habe es gewußt“, sagt er ganz ruhig und unauffällig. Ich bin überzeugt, die übrigen Fahrgäste haben gar nicht beachtet, was für eine Tragödie sich hier abspielt.

Der Mann nimmt sein Notizbuch, schreibt etwas und geht dann weiter. Vielleicht hat er ein gutes Herz und vergißt mich. Aber in Toulouse auf dem Bahnhof werde ich schon erwartet. Ohne Blechmusik, aber mit einem Auto.

Es ist ein sehr gutes Automobil, feiner und eintragsreicher, und ich kann während der Fahrt nicht hinausfallen und sehe von meinem Fenster nur einen Teil der obersten Stockwerke der Häuser, an denen wir vorbeifahren. Es ist ein Spezialauto für Gäste, die man hier bewillkommen möchte, denn aller Verkehr hat meinen



35. Kap. des —

Auto sich zu machen, so daß es unbehindert durchfahren kann. Auf jeden Fall sind die Autos in Toulouse eine Karte, die ich noch nicht kenne. Jeder darf noch Dodge Brothers werden hier auf Abzug rechnen können, oder sie müßten sich den höchsten Ansprüchen besser anpassen.

Aber ich weiß schon, wo ich landen werde. Wenn mir irgend etwas merkwürdig vorkommt an dem Auto und Gefährten in europäischen Ländern, dann bin ich immer auf dem Wege zu einer Polizeistation oder unter den Füßen von Cops. Ich habe dabei nie in meinem Leben je etwas mit der Polizei oder mit dem Gericht zu tun

gehabt. Hier kann ich ruhig auf einer Kiste sitzen oder unschuldig im Bett liegen oder über eine Wiese spazieren gehen oder in einem Eisenbahnzuge fahren, immer lande ich auf einer Polizeistation. Kein Wunder, daß Europa vor die Hunde geht. Die Leute haben ja gar keine Zeit zu arbeiten, stoben Achtel ihres Lebens haben sie auf Polizeistationen oder mit Polizisten zu verbringen. Darum sind die Leute auch immer so gereizt und machen so gern Krieg, weil sie sich ewig mit der Polizei herumzanken müssen und die Polizei sich mit ihnen herumzankt. Wir sollten den europäischen Ländern keinen Nickel mehr pumpen, sie geben es ja doch bloß aus, um ihre Polizei noch weiter zu vergrößern. Keinen Nickel mehr, na, Sir.

„Von wo kommen Sie?“

Der Hohepriester sitzt wieder vor mir. Sie sind alle gleich. In Belgien, in Holland, in Paris, in Toulouse. Immer müssen sie fragen, und immer wollen sie alles wissen. Und selber be-

Ein Rechenexempel Wie vervielfachte Kraft zustande kommt

„Zuerst meint man, 100 Menschen miteinander vereint können nur ebensoviel leisten wie 100 vereinzelt — gewiß nicht mehr. Und doch spürt jeder, der in einer Gruppe arbeitet, daß er sich mit anderen Menschen um eines gemeinsamen Zieles willen verbunden hat, daß es nicht so ist. Hundert Menschen vereint sind mehr, viel mehr als hundert einzelne! Der Mensch der Gruppe fühlt sich von ihr getragen, das steigert seine Kräfte. Er wagt sich freier heraus, weil er die ihn stützenden Kameraden hinter sich weiß. Die verschiedenen Fähigkeiten der einzelnen können im Ringen der Gruppe jede an ihrem Platz eingesetzt werden. Die Mittel, die beim einzelnen bedeutungslos sind, ergeben zusammengeworfen einen bedeutsamen Betrag; Hilfen, die sich der einzelne mit seinen wenigen Pfennigen nie beschaffen kann, schafft sich mit dem zusammengelegten Geld die Gruppe. Alle diese Wirkungen einer Organisation erleidet der Arbeiter, und mehr noch als die hier aufgezählten. So kommt es, daß er aus einem Mitglied ein streitbarer Kämpfer für seine Organisation wird, daß er seine Organisationszugehörigkeit als eine Auszeichnung und mit Stolz betrachtet.“

Diese Ausführungen entnehmen wir dem äußerst lehrreichen, im Urania-Freidenker-Verlag G. m. b. H., Jena, erschienenen Büchlein „Organisiertes Kapital“ von Heiner Lohse. Die Konzentration von wirtschaftlicher Macht ist selten so flüssig dargestellt worden wie hier.

Vom Recht des Freitrunks

Ein alter Brauch, mit dem gebrochen werden sollte.

Aus einer Lohn- und Arbeitszeiterhebung, die das Statistische Reichsamt im August vorigen Jahres in der Brauindustrie durchgeführt hat, geht hervor, daß der Freitrunk immer noch nicht abgeschafft ist. Welche Menge dem einzelnen Arbeiter tariflich zusteht, kann man der Aufstellung nicht entnehmen. Es werden nur die vom Arbeitnehmer tatsächlich abgeforderten Mengen mitgeteilt. Danach wird von den männlichen Arbeitern dort, wo der Freitrunk nicht abgeschafft ist, ein tägliches Quantum von etwas mehr als 2 Liter Bier entnommen. Besonders bedenklich ist dabei, daß auch die Kraftwagenführer und Bierfahrer, deren gefährliche Beschäftigung völlige Rührerheit erfordert, Tag für Tag 2 Liter Bier und mehr in Anspruch nehmen.

geht man immer wieder den großen Fehler, daß man überhaupt antwortet. Man sollte ganz still sein, gar nichts sagen und die raten lassen. Dann kämen sie alle bald ins Irrenhaus, oder sie würden die Folter wieder einführen. Aber würde man nie antworten, dann würden die Cops ja noch dümmere werden, als sie schon sind.

Das soll man aber auch erst aushalten, da zu sitzen oder zu stehen und immerfort gefragt zu werden und nichts zu antworten. Das verfluchte Maul rebelt ganz von selbst, sobald einem eine Frage entgegengeschleudert wird. Das macht die lange Gewohnheit. Es ist unerträglich, einen Fragefahel schwebend in der Luft hängen zu lassen, ohne ihn durch eine Antwort wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Eine unbeantwortete Frage läßt einem keine Ruhe, läuft immer hinter einem her, drängt sich in die Träume und raubt einem die Ruhe zum Arbeiten und zum Denken. Das eine Wort „Warum?“ mit einem Fragezeichen dahinter ist der Zentralknoten aller Kultur, Zivilisation und Entwicklung. Ohne dieses eine Wort sind die Menschen nichts weiter als Affen, und wenn man den Affen dieses Zauberwort gibt, werden sie sofort Menschen. „Ja, Sir.“

„Von wo Sie kommen, will ich wissen!“

Da habe ich nun mal den Versuch gemacht, nicht zu antworten, aber jetzt habe ich es schon nicht mehr aus. Ich muß ihm etwas erzählen. Soll ich nun sagen, daß ich von Paris käme? Oder soll ich lieber sagen, ich käme von Limoges. Wenn ich Limoges sage, machen sie es vielleicht acht Tage billiger, weil Limoges ja nicht so weit ist wie Paris.

„Ich bin in Limoges eingestiegen.“

„Das ist nicht richtig, Mann, Sie sind in Paris eingestiegen.“

Sieh mal an, wie gut die raten können.

„Nein, ich bin nicht in Paris eingestiegen, sondern nur in Limoges.“

„Aber Sie haben doch hier eine Bahnsteigkarte von Paris in der Tasche.“

Da haben sie also schon wieder meine Taschen durchsucht. Ich habe das gar nicht gemerkt, weil ich schon so daran gewöhnt bin, daß es mir gar nicht mehr auffällt.

„Oh, die Bahnsteigkarte habe ich schon lange.“

„Wie lange?“

„Sechs Wochen wenigstens.“

„Das ist aber merkwürdig. Die Karte hat das Datum von gestern vormittag.“



Der Hohepriester sitzt wieder vor mir

„Dann ist sie irrtümlicherweise vordatiert worden“, sage ich.

„Offenbar. Also Sie sind in Paris eingestiegen.“

„Aber von Paris bis Limoges habe ich bezahlt.“

(Fortsetzung folgt.)

Nicht weniger Beachtung verdient die Tatsache, daß auf die Arbeiterinnen über 18 Jahre täglich eine Menge von etwa 1 Liter Bier entfällt. In einem Kampfe um die Abgeltung des der Gesundheit untergrabenden Rechts auf den Freitrunk würden die Getränkearbeiter sicherlich von der gesamten Arbeiterchaft aufs kräftigste unterstützt werden. S. F.

Tödliche europäische Kultur

Wenn manche Naturvölker, seitdem sie mit der europäischen Kultur Bekanntschaft gemacht haben, zurückgegangen und einzelne sogar völlig ausgestorben sind, so liegt nach der Ansicht unserer besten Kenner die Ursache hauptsächlich in dem zerstörenden Einfluß, den unsere Wirtschaftsweise und Technik auf sie ausgeübt hat. Wir trugen in ihr Kinderhölle die nervöse Unruhe unseres Erwerbslebens, das hastige Jagen nach Gewinn, unsere zerstörenden Genuße, unsere religiösen Streitigkeiten und Gegensätze. Unsere vollkommenen Werkzeuge nahmen ihnen plötzlich eine gewaltige Arbeitslast ab. Was sie mit ihren Steinbeilen in Monaten bewältigt hatten, das leisteten sie mit der eisernen Axt in wenigen Stunden, und einige Flinten ersetzten in der Wirkung Hunderte von Pfeilen und Bogen. Damit fiel die wohlthätige Spannung weg, in der die alte Arbeitsweise Körper und Geist des Naturmenschen fortgesetzt erhalten hatte, zumal sein Bedürfnisstand auf dem gleichen niedrigen Niveau verharrete. Und darunter ist er zugrunde gegangen, wie die Schattenpflanze verrottet, die der jähren Mittagssonne ausgelegt wird. (Karl Bücher, „Die Entstehung der Volkswirtschaft“, 6. Aufl., Tübingen 1906, S. 81/82.)

Ein schöner Erfolg der Büchergilde Gutenberg

Zum Tag des Buches 1932 hat die Jury der Deutschen Buchkunstausstellung wie in den beiden Vorjahren die 50 bestausgestatteten Bücher in der Produktion des vergangenen Jahres ausgewählt. Die Büchergilde Gutenberg, die jedesmal mit einigen Büchern durchs Ziel ging, ist auch diesmal wieder mit drei Büchern unter den Prämierten vertreten. Die Bücher „Daumier“, von Erich Knauf, Ausstattung von Rudolf Dörmann, Berlin, „Sport und Arbeiterport“ von Helmut Wagner, Ausstattung von Wilhelm Seemann, Bielefeld, und „Kohlenpott“ von Georg Schwarz, Ausstattung von Heinrich Schulze, Berlin, wurden unter die 50 bestausgestatteten Bücher aufgenommen. Der Erfolg verdient um so mehr Beachtung, als die Büchergilde Gutenberg zur Herstellung ihrer Werke nur die niedrig bemessenen Mitgliedsbeiträge verwenden kann. Die Entschädigung der maßgebenden Junge deutscher Buchkunst hat also erneut bekräftigt, was in den Kreisen der Bücherfreunde längst bekannt ist: Die Ausstattung der Werke der Büchergilde Gutenberg ist vorbildlich und entspricht dem hohen literarischen Niveau dieser führenden Gemeinschaft wertvoller Buchleser.

Absoluter Quatsch

Für die Art und Weise, wie die Führer der NSDAP bei der Erklärung wirtschaftspolitischer Fragen die Behirne ihrer Anhänger systematisch verteilern, ist bezeichnend eine Rede, die der Wirtschaftsreferent der Reichsleitung der NSDAP, Dr. von Krenten, am 13. Dezember anlässlich einer Tagung der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundes Rön-Wachens der NSDAP gehalten hat. Nach einer Kritik des heutigen Wirtschaftssystems verkündete Krenten laut „Westdeutscher Beobachter“ Nr. 285 vom 14. Dezember 1931 über den nationalsozialistischen Wirtschafts-aufbau:

„Unsere Wirtschaftsform ist deshalb so neu und so konträr, weil sie ebenfalls der Ausdruck einer neuen Weltanschauung ist, deren Basis nicht mehr der reine Rationalismus, sondern die bewusste Abkehr von ihm, eine aus dem Irrationalismus geborene Deutung des Weltgeheimnisses aus dem Ewigen heraus, das auf den Voraussetzungen des Blut- und Rassenmythos beruht.“

Arbeitslose, schmiedet auch das nationalsozialistische Weltgeheimnis und den Rassenmythos aufs Brot!

ZWEI MINUTEN LACHEN

Indianer spielen.

Meinend kam Klein-Frischen nach Hause.

„Was ist denn los?“, fragte sein Großvater.

„Hans will nicht mit mir Indianer spielen,“ schluchzte der Kleine.

„Na, das ist doch nicht so schlimm, da werde ich mit dir spielen,“ tröstete Großpapa.

Frischen trocknete seine Tränen und sah gedankenvoll auf Großvaters kahlen Schädel; dann heulte er von neuem los:

„Nein, Opa, du kannst nicht mit mir spielen, du bist ja schon kahl!“

Papa tut es auch.

Der Herr Pfarrer machte einen Besuch im Hause seiner Pfarrkinder und wurde einige Augenblicke mit dem Stolz der Familie, dem fünfjährigen Sohn, allein gelassen. Er streckte dem Kleinen die Hand und sagte freundlich: „Du siehst aus wie ein artiger kleiner Junge, ich vermute, daß du alles lüfst, was deine Mutter sagt.“

„Gewiß, Herr Pfarrer, und... Vater tut es auch!“

